

NOVIZAS

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr.16 1989 Preis 7,-

Sozialistische Linkspartei / SLP
Österreichische Sektion der CP(M)KA
Kaiserstraße 141 110 110
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
E-Mail slp@gmx.at

Solidaritätspreis 10,-

Ladenschluß: JETZT REICHT'S

Am Mittwoch, den 21. Juni, wurde ein Teil der Bestimmungen über den Ladenschluß vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig aufgehoben. Es geht konkret um die Regelung, die besagt, daß die Geschäfte um 18.00 bzw. 18.30 Uhr zu schließen haben.

Hier wurde eindeutig wieder einmal einem der schwächsten Glieder in der Kette der Arbeitnehmer das "Bummerl" zugeschoben. Und durch die Medien wird den anderen Arbeitnehmern erklärt, daß das alles ja zu ihrem Vorteil ist. Das stimmt vielleicht oberflächlich betrachtet, aber indirekt wird damit auch den anderen Arbeitnehmern geschadet, da die Unternehmer, wenn ihnen in diesem Punkt ein Erfolg gelingt, noch frecher werden. Dinge wie die 35-Stunden Woche rücken wohl endgültig in ferne Dimensionen, wenn sich die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) nicht schon hier gegen alle Angriffe wehrt.

Es wird auch deshalb gerade im Handel mit Flexibilisierungen begonnen, weil es in einem Betrieb mit 2 Angestellten und dem Chef schwerer ist, gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen

(Streik) durchzuführen, als in einem Stahlwerk mit 10000 Arbeitern.

Auch kleine Geschäfte sind von einer Flexibilisierung bedroht. Ein großer Supermarkt kann es sich leisten, bis 20.00 Uhr geöffnet zu halten, ein kleiner Greißler nicht. Die zahlreichen Kosten, die entstehen (Gas, Strom, etc.) sind gerade am Abend kaum wiederzugewinnen. Und wenn das kleine Geschäft aus wirtschaftlichen Gründen am Abend überhaupt geschlossen hält, wandern die Kunden ab. Es wird also die Nahversorgung systematisch ruiniert.

Zu dem Argument, daß die Kaufkraft ins Ausland abwandert, ist zu sagen, daß die Leute nicht wegen längerer Öffnungszeiten ins Ausland fahren, sondern weil dort die Waren viel billiger sind. (An den langen Einkaufssamstagen kam es bei der Grenze zu Ungarn trotz offener österreichischer Geschäfte zu umfangreichen Stauungen)

Es besteht auch das Problem, daß Frauen, die ja im Handel vorwiegend beschäftigt sind, wenn sie Kinder haben, diese

aus dem Kindergarten bis spätestens 18.00 (meistens schon früher) holen müssen, aber das nicht können, wenn sie bis 20.00 arbeiten. Es ist auch auffällig, daß in größeren Supermärkten in der Zeit von 18.00 bis 20.00 nur mehr Frauen und Ausländer arbeiten. Hier wird eindeutig auf Sozial-Schwachen herumgehackt. Auch sind in allen Supermärkten in dieser Zeit kaum Leute.

Aus all diesen Gründen müssen ÖGB und SPÖ sich gegen eine Verlängerung der Öffnungszeiten entschieden wehren. Die GPA darf es auch nicht bei zahnlosen

Fortsetzung Seite 2

Inhalt:

Gesundheitswesen.....	3
Wem gehört Österreich?.....	4
LSB.....	7
Weitwirtschaft.....	8
Gastgewerbe.....	10
LKW-Nachtfahrverbot.....	11
China.....	12
Verstaatlichte.....	14
Was wir wollen.....	15

Drohungen belassen, sondern muß auch zu Kampfmaßnahmen bereit sein.

Die GPA hat in der Vergangenheit viel zu wenig für die Arbeitnehmer getan. Sie hat es verabsäumt, sich auf die jetzige Situation vorzubereiten. Was die GPA zustande brachte, als das Urteil des Verfassungsgerichtshofes bekannt wurde, war eine Entgegnung der

GPA-Vorsitzenden, in der sie sich bestürzt zeigte. Doch das ist zu wenig. Auch die anderen Teilgewerkschaften im ÖGB zeigen viel zu wenig Solidarität mit den Handelsangestellten. Der ÖGB und die GPA müssen sofort alle bestehenden Vereinbarungen aufkündigen.

Auch die Sozialpartnerschaft als Mittel zur Ruhigstellung der Arbeitnehmer sollte vom

ÖGB besser heute als morgen boykottiert werden. Wir brauchen Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft.

Darum werdet Mitglied in der Gewerkschaft, um dort für ein sozialistisches Programm zu kämpfen. Veränderung ist nur innerhalb der Gewerkschaft möglich.

Michael Bonvalot SJ 5

EDITORIAL

Liebe Genossinnen!
Liebe Genossen!

Wie Euch vielleicht aufgefallen ist, haben wir den Preis von VORWÄRTS auf 7.- erhöht. Wir haben uns dazu entschlossen, weil die Produktionskosten (Druckkosten, Layoutiermaterial, etc.) teurer geworden sind. Wenn wir beim Verkauf von VORWÄRTS aber doch einmal Gewinn machen, dann wandert das Geld direkt in den Kampffond. Dort wird es für die Anschaffung neuer Maschinen (als nächstes wollen wir eine Speichererweiterung für unsere Schreibmaschine kaufen) und Materialien für die nächste Nummer verwendet.

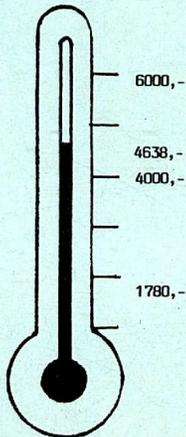
Wir werden oft gefragt, warum wir VORWÄRTS nicht durch Werbungen finanzieren und dann billiger oder sogar gratis vertreiben. Wir verstehen VORWÄRTS als Zeitung für Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Gewerkschaftsmitglieder etc. Und wir verstehen VORWÄRTS als eine Zeitung, die gegen Unternehmer und Kapital kämpft. Wir würden es deshalb als Farce ansehen, wenn wir - zwar gegen Geld, aber das ändert nichts an der Tatsache - für eben diese Werbung machen würden.

Wir lehnen aber auch Werbung ab, die von Kleinunternehmern wie z.B. Gasthäusern kommt. Da wir uns als Arbeiterpresse verstehen, ist für uns der Maßstab, ob wir das auch wirklich sind, ob wir VORWÄRTS durch

den Verkauf und die Spenden finanzieren können. Außerdem glauben wir, daß es sinnvoller ist, eine Zeitung zu verkaufen und beim Verkauf zu diskutieren, als sie zu verschenken und damit einen Haufen ungelesenes Altpapier zu produzieren.

Bis jetzt ist es uns gelungen, VORWÄRTS auf diese Art zu finanzieren. Wir sind auf dem richtigen Weg. Trotzdem brauchen wir Eure Hilfe. Wir brauchen Unterstützung in Form von Leserbriefen, Artikeln, Abos und Geld.

Die Redaktion



2

Liebe Genossinnen!
Liebe Genossen!

In den vergangenen 2 Monaten haben wir durch Eure Hilfe einen großen Schritt zur Erreichung unseres Kampffondziels und damit Richtung Speichererweiterung und Kopierer getan. Besonders groß war die Unterstützungsbereitschaft beim Pfingstcamp der Jusos in Saarbrücken. So spendete z.B. Oskar Lafontaine 5.- DM. Eine andere Teilnehmerin spendete 10.- DM. Fast alle Käufer zahlten den Solidaritätsspreis. Aber auch beim Zeitungsverkauf in Wien war die Spendenfreudigkeit sehr gut. Peter Lehner und Philipp Dirnberger spendeten jeweils 100.- Ös. Ein türkischer Kollege und Fritz Verzetnitsch gaben jeweils 20.- Ös. Insgesamt trafen in den Monaten Mai und Juni 2858.- Ös an Spenden in der Redaktion ein.

Gerade jetzt, wo die AZ eingestellt oder verkauft werden soll, ist es notwendig, eine starke Arbeiterpresse aufzubauen. VORWÄRTS hat sich das zum Ziel gesetzt. Die Kampffondergebnisse zeigen die Aktualität dieser Aufgabe, trotz unserer bescheidenen Mittel. Aber wir stehen erst am Anfang. Helft durch aktive und finanzielle Unterstützung mit, VORWÄRTS und damit den Einfluß marxistischer Ideen in SJ, SPÖ und Gewerkschaften zu stärken.



FÜR EIN KLASSENLOSES GESUNDHEITSWESEN

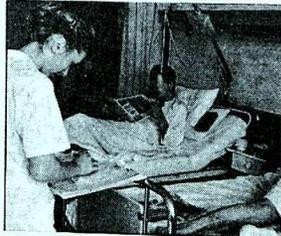
Die Vorfälle von Lainz haben das Problem der Krankenpflege erstmals der Öffentlichkeit nähergebracht. Doch die Arbeit der Medien hat sich im wesentlichen darauf beschränkt, die unmittelbaren Ereignisse zu dokumentieren. Die gesellschaftlichen Umstände aber, die diese überhaupt erst ermöglichten, wurden viel weniger bzw. gar nicht beluchtet.

Die Arbeiter und Angestellten im Spitalswesen sind überbelastet. Die Stationen sind unterbesetzt, Urlaubsvertretungen sind gar nicht erst vorgesehen. Die Arbeiten im Pflegedienst sind unterteilt in Haupt- und Beidienste. (Der Beidienst umfaßt im wesentlichen Körperpflege). Der Hauptdienst darf nur von diplomierten Schwestern versehen werden. Da aber in manchen Pflegeheimen bis zu 80 % Undiplomierete sind, ist das in der Praxis nicht möglich. Die Verantwortung für die durch Personalmangel hervorgerufenen ungesetzlichen Handlungen wird auf das Pflegepersonal abgewälzt. Sie müssen immer wieder Erläuge unterschreiben, um zu bestätigen, daß ihnen das Gesetz bekannt ist. Es wäre also notwendig, sofort Personal aufzunehmen, um das bereits Vorhandene zu entlasten und eine menschenwürdige Krankenpflege zu garantieren. Hierfür gibt es mehrere Möglichkeiten. Durch die Aufnahme von Schreibkräften könnten diplomierte Schwestern bis zu 4 Stunden Arbeit pro Tag abgenommen werden. (Die Erfüllung dieser Forderung wurde der Gewerkschaft bereits zugesichert.)

Zudem müßte der 2. Bildungsweg sofort ausgebaut werden. Für diese fast 3 Jahre dauernde

Ausbildung gibt es stets lange Wartelisten - es besteht also Interesse daran, eine "Diplomierete" zu werden. Nur gibt es bis jetzt zu wenig Ausbildungsplätze!

Die Gewerkschaft hat die allgemeine Bestürzung genutzt, um mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit zu gehen. Es ist bis jetzt auch gelungen, fast alle Forderungen durchzubringen. Bei näherer Durchsicht der gewerkschaftlichen Flugblätter "Unsere Forderungen" und "Der 1. Schritt" entstehen allerdings Zweifel an der Kampfbereitschaft der Gewerkschaft.



So wird zwar überall anerkannt, daß derzeit mindestens 1600 Beidienstete im Pflegedienst fehlen, die Gewerkschaft fordert aber nur 500! Weiters beschränkt sie sich darauf, die Einführung eines eigenen 2. Bildungsweges für Lainz zu fordern, anstatt darauf zu drängen, daß dieser österreichweit massiv forciert wird. Was zur Gänze fehlt, ist die Forderung nach dem Ausbau von alternativen Pflegemethoden wie z.B. die mobilen Krankenschwestern. Während das in Schweden und Holland bereits seit einigen Jahren funktioniert, haben sie bei uns nicht einmal ein Dienstauf!

In ihrem Forderungskatalog preist die Gewerkschaft auch ihr neues Gehaltsschema (das

sie bei ihren Verhandlungen fordern). Sie wissen aber ganz genau, warum sie auf ihren Flugblättern nicht näher erklären, wie es aussehen soll. Denn dieses neue Gehaltsschema führt nicht zu einer größeren Gerechtigkeit, sondern zu größerer Ungerechtigkeit! Es sieht vor, daß die, die sowieso schon mehr verdienen, eine höhere Erhöhung bekommen sollen, als die, die weniger verdienen.

Es ist die Aufgabe der Gewerkschaft, einen Gegenpol zu jenen Kräften in der Gesellschaft zu bilden, die meinen, daß nur die etwas wert sind, und somit das Recht auf eine gute Krankenpflege haben, die "etwas leisten". Denn genau in diese Richtung zielen die Argumente mancher Leute ab. Gerade als die Vorfälle von Lainz bekannt wurden, gab es eine Ärzteinitiative zur Einführung einer Sonderklasse nach dem Motto: Wer mehr zahlt wird besser gepflegt! Die Initiative wurde von der Ärztkammer gestoppt.

Die kapitalistische Gesellschaft ist weder fähig noch bereit, die Krankheiten, die sie zum Teil selbst verursacht hat (Berufskrankheiten, Krankheiten durch Umweltverschmutzung), zu heilen oder auch nur zu pflegen. Deshalb fordern wir die Überführung des gesamten Gesundheitswesens in Gemeineigentum. Die Klassenbetten und der Spitalskostenbeitrag von 50.- pro Tag müssen ersatzlos gestrichen werden. Die Qualität der Krankenpflege darf nicht vom Einkommen abhängen. Für ein klassenloses Gesundheitswesen!

Sonja Grusch SJ 10

Wem gehört

Es besteht kein Zweifel mehr: in Österreich sind die Unternehmer und großen multinationalen Konzerne in der Offensive. Die Arbeitnehmer müssen sich mit einer Lohn- und Gehaltssteigerung von zirka 3% begnügen, aus der Steuerreform gewinnen sie vielleicht ein paar hundert Schilling. Aber das große Geld machen die Besitzer von Aktienpaketen, anderen Wertpapieren und Grundstücken, nicht zu vergessen die privaten Unternehmer.

Das Einkommen aus Kapitalbesitz erzieht zweistellige Steigerungsraten. Die Wiener Börse wird immer mehr zum Zentrum der heimischen Kapitalisten. Aber da der Index der Wiener Börse von Rekordmarke zu Rekordmarke klettert, kommen verstärkt ausländische Anleger nach Österreich. Das durchschnittliche Kursniveau österreichischer Aktien ist heuer bereits um 50% gestiegen. In den ersten 3 Monaten 1989 verzeichnete die Wiener Börse mehr Umsätze als im ersten Halbjahr 1988. Grundlage dieser Riesengewinne ist das explosionsartige Ansteigen der Unternehmerrgewinne. Der österreichische Staat unterstützt diese Entwicklung noch durch Subventionen, Strukturverbesserungen und schließlich auch durch Privatisierung.

Hohe Unternehmerrgewinne

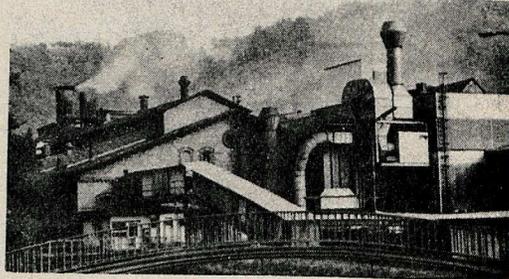
Mit der Aktie der ÖMV war heuer bereits mehr als 70% Kursgewinn zu erzielen. Da die ÖMV eine Vielzahl von ertragreichen Produkten vertreibt, erhofften sich die Aktienbesitzer einen noch höheren Profit. 1989 soll die ÖMV pro Aktie den Gewinn um 100 Schilling auf 650,- erhöhen. Es ist daher nur verständlich, das die ÖVP und die Handelskammer auf die 2.Runde

der ÖMV-Privatisierung bis 49% drängen.

Ausländische Unternehmen

Ausländische Kapitalisten und Multis werden natürlich von der Entwicklung in Österreich angezogen, da die Wirtschaft International am Abgrund steht. Österreich ist als Billiglöhndland bekannt, wo eine beispiellose soziale Stabilität herrscht. Keine Streiks, keine Lohnkämpfe und keine kämpferische Gewerkschaft stören die gewinnbringende Produktion. Die erklärte Politik der (auch sozialdemokratischen) Regierung, ist nach wie vor, multinationale Konzerne wie General Motors durch großzügigste Angebote wie Subventionen und billige Grundstücke nach Österreich zu locken. Zu diesem Zweck gibt es sogar eine eigene staatliche Beratungsfirma (ICD). Ausländische Unternehmen beherrschen bereits zirka 40% der heimischen Industrie. Durch die geplante

Wirtschaftsforschungsinstitutes (WIFO) liegt der durchschnittliche Gewinntransfer ins Ausland bei 50% der Investitionen. So ergab z.B. eine Untersuchung der Arbeiterkammer über die Bräuche in der Mineralölindustrie, daß Shell rund 56% der von Tochtergesellschaften (vor allem von der RAG) erhaltenen Dividende an die Muttergesellschaft ins Ausland überwie. Ausländische Unternehmen erhoffen sich auch durch Minderheitsanteile an österreichischen Firmen hohe Profite. Großes Aufsehen erregte der Einstieg der WAZ-Mediengruppe aus der BRD bei Krone und Kurier, wobei man sich jeweils mit weniger als 50% begnügte. 5% der CA wurden an 2 japanische Finanzinstitutionen verkauft. Ebenfalls nur wenig bekannt ist, daß an Österreichs größten Brauunternehmen (Brau-AG) der deutsche Oetker-Konzern mit 13,6% beteiligt ist. Fast alle Wirt-



Privatisierung der Verstaatlichten - kein Ausweg aus der Krise

weitergehende Privatisierung wird dieser Wert auch noch ansteigen. Natürlich sind jene Branchen am stärksten betroffen, die die höchsten Profite und Wachstumsmöglichkeiten erwarten lassen.

Gewinntransfer ins Ausland

Nach einer Studie des Wirt-

schaftsbereiche sind durch Minderheitsanteile ausländischer Anleger oder durch ausländische Unternehmen wesentlich beeinflusst. Wie weit der politische Einfluß der ausländischen Anleger und Konzerne geht, kann man nur vermuten.

Österreich?

500.000 Arbeitsplätze

Nach einer Hochrechnung einer von der Nationalbank durchgeführten Erhebung dürften bereits zirka 500.000 Österreicher in mehr als 3400 Betrieben arbeiten, die von Auslandskapital beherrscht werden. Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer beträgt 2,8 Millionen. Die von der genannten Untersuchung erfaßten Unternehmen weisen einen Auslandsanteil von durchschnittlich 75% auf. Aus dem Wirtschaftsraum der EG stammen 60% aller Beteiligungen in Österreich. Der Anteil der EFTA-Staaten liegt bei nur 20%. Die BRD liegt mit 36% an der Spitze, gefolgt von der Schweiz (17%) und den USA (15%). Wenn es tatsächlich zu einem EG-Beitritt Österreichs oder auch nur zu einer weitgehenden Harmonisierung österreichischer Gesetze mit EG-Gesetzen kommt, so wird sich diese Entwicklung verstärkt fortsetzen. Angesichts dieser internationalen Verflechtung der Wirtschaft müssen die österreichischen Gewerkschaften endlich eine internationale Kampfstrategie entwickeln. Diese Politik würde von gemeinsamen Verhandlungen mit den Konzernen bis zu länderübergreifenden Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften reichen. Eine Spaltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung (insbesondere während Arbeitskämpfen) muß unbedingt verhindert werden.

Wirtschaftsaufschwung

Die Investitionstätigkeit des Auslandskapitals, die hohen Unternehmerrgewinne und die Kursgewinne der Wiener Börse haben in Österreich einen Wirtschaftsaufschwung eingeleitet. Die jüngsten Prognosen des WIFO für 1989 und 1990 zeigen, daß das tatsächliche Wirtschafts-

wachstum weit über dem erwarteten liegt. Das erstmals seit 5 Jahren über dem westeuropäischen Durchschnitt liegende Wirtschaftswachstum soll laut WIFO auch noch 1989 anhalten. Die Hauptstütze des Wirtschaftsaufschwungs ist nicht der Konsum der Österreicher, sondern der Export. Die Unternehmerrinkommen und unverteilter Gewinne, wie Einkommen aus Besitz und Unternehmungen stiegen 1987 um 4,4%, 1988 um 12,5%. Heuer wird ein Zuwachs von 9,7% und 1990 um 6,5% erwartet. Auf der Strecke bleiben wieder einmal die Arbeiter und Angestellten. Laut WIFO-Statistik stiegen die Brutto-Engelnde für unselbstständige Arbeit 1987 um 4,1%, im Rekordjahr 1988 nur um 3,4%!

Die Gewinne der Arbeitnehmer nehmen sich gegenüber den Gewinne der Reichen, Manager und Politiker mit sehr hohen Einkommen als unbedeutendes Almosen aus. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Höchststeuersatz um über 10% gesenkt wurde, daher sind die Gewinne entsprechend höher. Da die Erträge aus Kapitalbesitz und Unternehmungen viel höher als die Einkommen aus unselbstständiger Arbeit sind, muß der erste Schritt für gerechtere Eigentumsverhältnisse die Umverteilung des Volkseinkommens sein. In weiterer Folge aber ist Enteignung und eine sozialistische Planung der Wirtschaft unumgänglich.

Arbeitslosigkeit

Als "Erfolg" dieser Wirtschaftspolitik wird auch die Senkung der Arbeitslosenrate auf unter 5% (für 1990 geplant) verkauft. Das wären ungefähr 147 000 Arbeitslose! Bereits jetzt warnt der Präsident der Industriellenvereinigung vor einer großzügigen Lohnpolitik als Folge der guten Konjunktur und gleichzeitig weiterer Arbeitszeitverkürzung. Statt der von Gewerkschaften geforderten 35-Stunden-Woche bieten die Unternehmer die Flexibilisierung der Arbeit an. Diese Aussagen sind eine Kampfansage an die Arbeitnehmer. Die österreichische Wirtschaft hat in den vergangenen 10 Jahren ihre Wertschöpfung durch Rationalisierungsmaßnahmen um 65% steigern können, während rund 90.000 Arbeitsplätze "wegrationalisiert" wurden. Die bisherigen halberzigen Arbeitszeitverkürzungen haben keinesfalls ausgereicht, den Verlust der Arbeitsplätze durch Rationalisierungsmaßnahmen auszu-



Der Kapitalismus kann langfristig keine Arbeitsplätze schaffen

Für heuer soll der Zuwachs 4,3% und 1990 4,9% (Brutto!) betragen. Die realen Einkommensanstiege liegen netto (abzüglich Inflationsrate) für 1988 bei 0,2%, 1989 aufgrund der Steuerreform bei 2,5% und für 1990 bei nur 1%. Der Anteil der Lohnabhängigen am Volkseinkommen sinkt weiter. Auch die Steuerreform konnte an dieser Entwicklung nichts ändern, denn

gleichen. Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie sank um 15,2%. Obwohl bereits rund eine Million Arbeitnehmer weniger als 40 Stunden pro Woche arbeiten, ging in den letzten Jahren der Beschäftigungsabbau weiter. Die durch die Arbeitszeitverkürzung ausgefallenen Arbeitsstunden konnten durch die Verbesserung der Produktivität aufgefangen werden. Durch die Verringerung der Arbeitsplätze in der Industrie verlagert sich die Beschäftigung in Richtung Dienstleistungssektor. Um eine wirksame Arbeitsplatzsicherung zu erzielen, müßte die Arbeitszeitverkürzung sofort mittels Generalkollektivvertrag eingeführt werden. Aber diese Verkürzung der Arbeitszeit sollte nur ein Anfang und begleitende Maßnahme für weitere soziale Besserstellung der Arbeitnehmer sein. Besonders die Beschäftigten im Dienstleistungssektor wie Einzelhandel, Reisebüros, Speditionen oder Gastgewerbe haben noch keine Arbeitszeitverkürzung erkämpfen können. In den letzten Verhandlungen der Sozialpartner wurde die Aufschubung der Arbeitszeitverkürzung vereinbart und die Löhne und Gehälter nur gering erhöht. Die Unternehmer machten bereits jetzt klar, daß sie die Forderungen der Gewerkschaft nicht nachgeben werden.

Soziale Ungerechtigkeit

Doch die Regierung fördert trotz der bestehenden sozialen Ungerechtigkeit den Abbau der Errungenschaften der Arbeiterschaft. Kein Bereich der Gesellschaft bleibt verschont. Es sind weitere Einschränkungen im Bereich der Kranken- und Pensionsversicherung beabsichtigt. Eine Verschärfung der Sanktionen gegen Arbeitslose ist geplant, Kürzung der Ausgaben im Sozialbereich und Einsparungen in den Unternehmen der öffentlichen Hand stehen auf der Wunschliste der Koalitionsregierung. Nicht zu vergessen die Einsparungen im Bildungsbereich, in den

Schulen und an den Unis. Also stellen wir die Frage noch einmal: Wem gehört Österreich?



Obdachlosigkeit: Der Kapitalismus hat auch im sozialen Bereich versagt

Es ist höchste Zeit, die arbeitnehmerfeindliche Politik der Regierung zu bekämpfen. Wir können keine Lippenbekenntnisse von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären gebrauchen. Große Teile der Bevölkerung wie Schüler, Studenten, Pensionisten, Arbeitslose und ebenfalls sozialbedürftige Menschen wie Kranke und Behinderte bleiben auf der Strecke. Das sind die Auswirkungen dieser Regierungspolitik, an der Sozialdemokraten wesentlich beteiligt sind. Oft werfen uns auch Parteifunktionäre vor, unrealistische Vorstellungen zu haben. Aber eines ist sicher: Die "realistische" Politik der SPÖ-Führung, mit Geschenken an Unternehmer, mit Kürzung der Sozialleistungen und Privatisierung, den kapitalistischen noch Wirtschaftsaufschwung zu fördern, nützt den Arbeitnehmern wenig. Wir aber fordern eine sozialistische Politik, die nur die Interessen der Arbeiterschaft offensiv vertritt.

Wir müssen unsere Kräfte dafür einsetzen, eine schlagkräftige Gewerkschaftsbewegung aufzubauen,

denn die Sozialpartnerschaft ist nicht das Mittel, um sozialistische Forderungen durchzusetzen.

Der Lebensstandard von großen Teilen der arbeitenden Bevölkerung sinkt weiter. Es ist die Aufgabe einer sozialistischen Partei, dagegen zu kämpfen. Die erarbeiteten Werte und Leistungen sollen denjenigen Menschen zu Gute kommen, die sie geschaffen haben. Wieviele Untersuchungen über die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Menschen liegen in den Schubladen von Gewerkschafts- und Arbeiterkammerfunktionären? Wieviele Forderungen der Gewerkschaften bleiben unverwirklicht, weil auf eine Mobilisierung der Arbeiterschaft verzichtet wird?

In den "Perspektiven 90" der SPÖ sucht man vergeblich nach wirklich sozialistischen Forderungen. Daher müssen wir auch das Programm der SPÖ verändern. Wir dürfen uns nicht mit Reformen zufrieden geben, wir müssen für eine vollständige Änderung der Wirtschaft und Eigentumsverhältnisse kämpfen.



Wir kämpfen für eine absolute Mehrheit der SPÖ auf Grundlage eines sozialistischen Programms. Daher ist eine Stärkung der kämpferischen Teile von SPÖ und Gewerkschaften notwendig. Kämpft mit uns in der SPÖ und in den Gewerkschaften für eine sozialistische Veränderung!

Thomas Kerschbaum SJ 10

LSB: AKS - GPA

Nur gemeinsam sind wir stark!

Bei den heurigen Landesschülerberatswahlen konnte die Aktion Kritischer Schüler, die Schülerorganisation, in der vor allem aktive SJ-ler arbeiten, einen hervorragenden Erfolg erzielen. 14 von 24 Sitzen der Landesschülervertretung im kommenden Jahr werden von der AKS besetzt sein. Im Bereich der Berufsschulen und der Berufsbildenden höheren Schulen hat sie sichere Mehrheiten und stellt die Landesschulsprecher und Stellvertreter. Nur im AHS-Bereich, der traditionell schwarzen Schülerhochburg, steht sie einer 6:2 Übermacht der UHS (VP-Schüler) gegenüber.

Bei den Wahlen der Berufsschüler gab es bereits zum zweiten Mal eine äußerst unerfreuliche Erscheinung: AKS und GPA-Jugend kandidierten auf getrennten Listen gegeneinander! Und das, obwohl die "Gegen"-Kandidaten jeweils fast ausnahmslos SJ und Gewerkschaftsmitglieder sind! Das dieser Skandal noch keine größeren Auswirkungen hatte, ist nur darauf zurückzuführen, daß reaktionäre Gruppen wie UHS, FPÖ-Jugend... nicht in der Lage sind, Lehrlingen auch nur die geringsten Lösungsansätze für ihre Probleme anzubieten. Wer würde schon eine Organisation wählen, die ihm nur Verschlechterung, sei es bei Löhnen, Arbeitszeit, Lehrlingsrechten, als Lösung für seine Probleme zu bieten hat. Doch das ist keine Entschuldigung für die getrennte Kandidatur. AKS, Gewerkschaften und SJ müssen gemeinsam für die Rechte der arbeitenden und lernenden Jugend eintreten und kämpfen. Keine getrennten Listen sondern gemeinsamer Kampf von

AKS und Gewerkschaftsjugend im Berufsschulbereich und anderswo!

Im AHS-Bereich konnte die UHS ihre Position ausbauen. Sie stellt nun schon seit Jahren den Landesschulsprecher in diesem Bereich. Trotz Burschenschaftler (MKV)-dominanz, trotz ihres ständigen Bremsens und Abwürgens aller fortschrittlichen Forderungen, trotz ihres totalen Bankrotts beim Schülerstreik 1987. Das die aus Jungkarrieristen bestehende UHS trotz all dieser Punkte die Mehrheit behalten konnte, ist auf zweierlei Punkte zurückzuführen: 1. Die relativ defensive und abgehobene Politik der AKS, SJ ist es, aufzuzeigen, daß es für uns im Kapitalismus keine Zukunft gibt und gleichzeitig sozialistische Alternativen anzubieten. Die gewählten LSB-Kandidaten von AKS, GPA und SJ müssen ihre Funktionen in diesem Sinne ausüben. In ganz Europa haben Jugendliche gezeigt daß sie bereit sind um Leben, Arbeit und Zukunft zu kämpfen. Aufgabe von AKS, SJ und Gewerkschaftsjugend ist es, sich auf die kommenden Kämpfe der österreichischen Lehrlinge, Schüler und Jungarbeiter vorzubereiten und aus den Fehlern bei vergangenen Kämpfen zu lernen. Durch einen konsequenten Kampf für die Rechte der Jugend, angefangen von der Einhaltung bestehender Regelungen (z.B. am Lehrplatz) bis zu Forderungen wie "Ausbildung raus aus Unternehmerhand", wäre es ein leichtes, für eine gemeinsame AKS-Gewerkschaftsjugendliste bei den nächsten LSB-Wahlen alle Sitze in allen Bereichen zu besetzen!



Die marxistische Schülergewerkschaft SE mobilisierte bei einem Schülerstreik in Spanien 1986/87 Zehntausende

wurden viel zuwenig genutzt, um sich eine breite Basis in den Wiener Schulen zu schaffen. Der zweite Grund für das schlechte Abschneiden der AKS liegt im extrem undemokratischen Wahlmodus zur LSB-Wahl, welcher die UHS außerordentlich bevorzugt. Auch hier muß die AKS in die Offensive gehen und für demokratische Schülervertretungswahlen auf allen Ebenen kämpfen.

Insgesamt war die LSB-Wahl aber sicherlich ein Erfolg. Die Ergebnisse deuten tiefe Unzufriedenheit mit der jetzigen Situation und den Wunsch nach Veränderung an. Aufgabe von AKS, Gewerkschaftsjugend und SJ ist es, aufzuzeigen, daß es für uns im Kapitalismus keine Zukunft gibt und gleichzeitig sozialistische Alternativen anzubieten. Die gewählten LSB-Kandidaten von AKS, GPA und SJ müssen ihre Funktionen in diesem Sinne ausüben. In ganz Europa haben Jugendliche gezeigt daß sie bereit sind um Leben, Arbeit und Zukunft zu kämpfen. Aufgabe von AKS, SJ und Gewerkschaftsjugend ist es, sich auf die kommenden Kämpfe der österreichischen Lehrlinge, Schüler und Jungarbeiter vorzubereiten und aus den Fehlern bei vergangenen Kämpfen zu lernen. Durch einen konsequenten Kampf für die Rechte der Jugend, angefangen von der Einhaltung bestehender Regelungen (z.B. am Lehrplatz) bis zu Forderungen wie "Ausbildung raus aus Unternehmerhand", wäre es ein leichtes, für eine gemeinsame AKS-Gewerkschaftsjugendliste bei den nächsten LSB-Wahlen alle Sitze in allen Bereichen zu besetzen!

John Evers SJ 5

Sozialistischer kapitalistischem

Die Zeitungen sind voll des Jubels über die wirtschaftlichen Wachsraten. Man will uns einreden, daß wir uns eine rosige Zukunft durch Verzicht auf Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung, etc. erkaufen können. Die jetzigen Wirtschaftsdaten scheinen das zu bestätigen. Aber ist es für den Kapitalismus überhaupt möglich, seine Mechanismen zu überwinden und krisenfrei zu produzieren?

Der Kapitalismus funktioniert auf Basis der Aneignung von unbezahlter Arbeit. Die Arbeiterklasse erhält nur einen Teil der von ihr geschaffenen Werte in Form von Lohn zurück. Den unbezahlten Teil der Arbeit behält der Kapitalist und investiert ihn in Aufschwungszeiten (abzüglich dessen, was er für den privaten Luxuskonsum verbraucht). Die Konkurrenzsituation zwingt außerdem, Produktionsmittel ständig zu verbessern und zu erneuern (um immer mehr immer billiger zu produzieren). Aber die Kaufkraft steigt nicht im selben Maß wie die Produktion, denn Löhne werden vom Kapitalisten nicht freiwillig erhöht - dies würde ja den Profit verringern. Es kommt zu Überproduktion gemessen an der Kaufkraft - nicht am Bedarf. Diese Überproduktionskrisen drücken einen wesentlichen Widerspruch im Kapitalismus aus. Den Widerspruch zwischen hoher Produktivität durch gesellschaftliche Arbeitsteilung, technischen Fortschritt, etc. und einer Produktionsform, die sich nicht nach gesellschaftlichem Bedarf, sondern nach profitabler Ver-

wertung des eingesetzten Kapitals richtet. Überall dort, wo die Produktion keinen genügend hohen Gewinn verspricht, wird sie, egal ob sinnvoll oder nicht, eingeschränkt oder vernichtet.

Bis zum Anfang dieses Jahrhunderts konnte der Kapitalismus diese in ihm wohnende Krisenhaftigkeit dadurch ungehen, indem er immer wieder neue Märkte erschloß, die Produktion auf immer höhere Ebenen trieb. Es kam zur Herausbildung des Weltmarktes und zum Aufstieg kapitalistischer Großmächte (Imperialismus). Ein weiterer Widerspruch kam dadurch hinzu: Der Widerspruch einer international eng verflochtenen und gegenseitig abhängigen Produktion einerseits und nationaler Staaten andererseits. Dieser kann im Kapitalismus nicht gelöst werden. Ausdruck dafür sind die beiden Weltkriege, die letztendlich Kriege um die Aufteilung des Weltmarktes waren.

Nachkriegsaufschwung

Nach Ende des 2. Weltkriegs war die USA unbestrittene Nummer Eins der Weltwirtschaft geworden (52% aller Produkte wurden von der USA erzeugt). Der Dollar wurde zur Leitwährung, Zollschranken gesenkt. Das war die Basis für den größten Aufschwung der Geschichte (1950-1974). In dieser Zeit wurde viermal mehr produziert als jemals zuvor. Drei Punkte dürfen aber trotz der gewaltigen Wachsraten dieser Zeit nicht übersehen werden.

1) Der Nachkriegsaufschwung bedeutete keineswegs Krisen-

freiheit. Es gab zwischen 1950-1974 Konjunkturerbrüche bis zu 8%.

2) Die Rüstungsproduktion wurde immer stärker zu einer Art Motor der kapitalistischen Weltwirtschaft.

3) Die Ausbeutung der 3. Welt nahm trotz formaler Unabhängigkeit immer schärfere Formen an.



Sinnlose Waffenproduktion trotz Hunger

Entwicklung der 70er Jahre

Seit Mitte der 70er Jahre befindet sich der Kapitalismus in einer Niedergangphase. Den Wendepunkt kennzeichnete die erste international gleichzeitig auftretende Rezession 1974/75. Seitdem sind Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und permanente Angriffe auf den Lebensstandard der Bevölkerung an der Tagesordnung. Natürlich gibt es immer wieder Aufschwünge. Doch im Vergleich zu früheren Wachstumsziffern sind sie äußerst schwächlich und deuten an, das der Kapitalismus kaum in der Lage ist, die Produktivkräfte weiter zu entwickeln. Insgesamt ist er nicht in der Lage, Wissenschaft und Technik gesamtgesellschaftlich nutzbringend

Plan statt Chaos

zu verwerten. Durch die Monopolisierung, das bedeutet durch die Konzentration von immer mehr Produktivkräften in immer weniger Händen (90% der Weltwirtschaft werden von 500 Konzernen kontrolliert) sind Preisabsprachen und bewußtes Zurückhalten von technischen Neuerungen zur kapitalistischen Realität geworden. Außerdem brachte die fortschreitende Monopolisierung die Ablöse von realer Überproduktion hin zur Einrichtung von Überkapazitäten mit sich. Selbst bereits bestehende Produktionsmittel werden in Aufschwungszeiten (!) nur bis zu 80% ausgelastet.

Die kapitalistische Produktionsweise ist in jeder Beziehung zu einer absoluten Fessel für die Weiterentwicklung der Menschheit geworden. Es gibt selbst in den Industrieländern keine Steigerung des Lebensstandards mehr, sondern bestenfalls Stagnation oder Steigerung des Lebensstandard der einen auf Kosten der anderen Bevölkerungsguppe. Diese Widersprüche haben sich mit der internationalen Rezession 1980 - 1982, die auch Österreich in viel stärkerem Ausmaß traf als in den 70ern (siehe z. B. Ansteigen der Arbeitslosigkeit) noch verschärft.

Entwicklung seit 1982

Seit sechs Jahren befindet sich der Kapitalismus wieder in einer Aufschwungsphase. Bürgerliche Zeitungen, aber auch Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre nehmen das zum Anlaß

Illusionen eines krisenfreien Kapitalismus zu schüren. Doch in Wirklichkeit ist dieser Aufschwung der wohl schwächliche in der ganzen Nachkriegsgeschichte. Wachstumsraten von durchschnittlich 3% und Massenarbeitslosigkeit trotz Boom sind Indizien dafür. Doch was waren die wesentlichen Gründe für 6 Jahre Aufschwung und wie lange können sie noch Wachstum garantieren?

Superausbeutung der 3. Welt

Der kontinuierliche Verfall der Rohstoffpreise und die Verschlechterung der Handelsbedingungen mit der Dritten Welt sind einer der Aufschwungsgründe in den kapitalistischen Industriestaaten. Damit verbunden ist zweierlei. Eine fortschreitende Verschuldung dieser Länder, die immer bedrohlicher für die gesamte Weltwirtschaft wird - und - Horror ohne Ende für die Arbeiterklasse und die anderen unterdrückten Schichten in diesen Staaten. Für eine Milliarde Menschen bedeutet



Im Kapitalismus haben wir keine Zukunft

Kapitalismus absolute Armut, für 40 Millionen jährlich den Hungertod, für die gesamte 3. Welt tagtäglichen Kampf ums Überleben.

Reagonomics und SDI

Als bereits 1985 alle Wirtschaftsdaten nach unten zeigten konnte nur noch die USA als Wirtschaftsmacht Nr.1 den Versuch unternehmen, eine neuerliche Rezession zu verschieben. Dies geschah durch einen enormen Anstieg der Staatsverschuldung. Durch SDI, dem größten Rüstungsprogramm seit langem, wurde durch 300 Milliarden Rüstungsausgaben jährlich ein erweiterter Absatzmarkt geschaffen. Doch eben auf Kosten einer gewaltigen Staatsverschuldung. Der US-Kreditmarkt war nicht in der Lage die frischgebackene Schuldnernation Nr.1 (zum ersten Mal seit 1914!) zu finanzieren. Um Kapital aus aller Welt anzulocken wurden die Zinsen hochgeschraubt, der Dollar wurde zwischen 1980-1985 um 53% aufgewertet. Doch diese Aufwertung entsprach nicht der realen Wirtschaftskraft der USA, sondern dem Vertrauen der ausländischen Kapitalanleger in die US-Wirtschaftspolitik. Doch durch den hohen \$-Kurs wurde die US-Industrie am Weltmarkt immer weniger konkurrenzfähig, gleichzeitig bedrängten sie am Binnenmarkt ausländische Billigimporte. Dadurch entstand neben der gigantischen Staatsverschuldung noch ein enormes Handelsdefizit. Der Niedergang der Wirtschaftsmacht Nr.1, ist bezeichnend für den Zustand der gesamten Weltwirtschaft. Durch die ver-

flochtene Produktion im Weltmaßstab würde eine Rezession in den USA unvermeidlich zu einer Weltrezession führen. Den besten Beweis dafür bietet der Börsenkrach im Herbst 1987.

Börsenkrach 1987

Der Börsenkrach 1987 war Ausdruck der US- und damit eng verbunden der Weltwirtschaft. Börsenwerte von einer Billion Dollar wurden an einem Tag vernichtet. Die Angst vor einer neuerlichen Rezession saß den Kapitalisten und Spekulanten weltweit tief im Nacken. Wirtschaftsprognosen wurden sofort drastisch nach unten revidiert (für Ö. war 1989 1% Wachstum vorgesehen). Die Regierungen der 6 größten kapitalistischen Länder einigten sich auf ein gemeinsames Vorgehen, besonders die BRD war bereit, durch Stützungskäufe die Talfahrt des US-Dollars aufzuhalten. Das gemeinsame Vorgehen drückte sich vor allem in einer Lockerung der strikten Geldmengenpolitik aus. Verstärkte Investitionen sollten durch billige Kredite (durch Zinssenkungen) vermehrte Kaufkraft durch Steuerreformen erreicht werden. Geldmengen wurden weit über das reale Wirtschaftswachstum ausgedehnt, die Folge sind Neuverschuldungen und

Inflation.

Diese gemeinsame Wirtschaftspolitik war nur möglich, auf der Grundlage, einer weiteren Ausdehnung des Welthandels (87 und 89 je 5%). Besonders der pazifische Raum (Japan mit Hilfe von 600 Mrd.\$ Zusatzhaushalt, aber auch Hongkong, Taiwan und Thailand) dienen als immer wichtigerer Exportmarkt für Westeuropa, während die USA in immer stärkerem Ausmaß aus diesem Bereich importieren.

Ungelöste Widersprüche

Doch die Lage der Weltwirtschaft hat sich dadurch nicht verbessert - im Gegenteil: Der Protektionismus verschärft sich weltweit. Handelskriege sind sehr schnell möglich geworden. Gemeinsames Vorgehen wie nach dem Börsenkrach wird dadurch unwahrscheinlich. Die künstliche Schaffung von Nachfrage hat nicht nur Investitionen, sondern auch die Inflation in die Höhe geschraubt. Keiner der grundlegenden Widersprüche ist gelöst worden. Der derzeitige Boom deutet in keiner Weise auf eine neue Aufschwungsphase hin. Das politische Klima für Unternehmer ist derzeit sicher noch relativ günstig. Die internationale Arbeiterbewegung ist in die Defensive gedrängt (siehe Schwäche der Sozialistischen

Internationale, oder des Europäischen Gewerkschaftsbundes). Die Kapitalisten nutzen die Situation aus um zu spekulieren und um die Ausbeutung der Arbeiterklasse weiter voran zu treiben. Dieser internationalen Strategie des Kapitals muss eine internationale Strategie der Arbeiterklasse entgegengesetzt werden. Den Kapitalismus zu analysieren reicht nicht aus, sondern er muss getürzt werden. Solange wir das nicht erreicht haben, werden die Rechnung für kapitalistische Krisen Arbeiter und Bauern in der 3. Welt und in den Industriestaaten zu bezahlen haben. Ein drastisches Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit, hohe Preise, heftige Angriffe auf soziale Errungenschaften, das ist alles was uns der niedergehende Kapitalismus zu bieten hat. Die Zukunft der Menschheit kann nur in einer weltweiten demokratisch geplanten Wirtschaft liegen.

John Evers SJ 5

Gastgewerbe

Wie wir schon in der letzten Nummer von VORWÄRTS berichtet haben, herrschen im Gastgewerbe katastrophale Zustände. Wir werden versuchen, Euch auch weiterhin über alle Ereignisse zu informieren.

Mit November '89 wird von Seiten der Gewerkschaft das Alternativlohnsystem aufgekündigt. D.h., daß die Unternehmer nun ein fixes Gehalt zahlen müssen anstatt, wie beim Alternativlohnsystem, die Beschäftigten mit einem bestimmten Prozentsatz am Umsatz zu beteiligen. Von Unternehmerseite kam zwar die "Bitte", das nicht zu tun, sie hatten aber nicht einmal die Möglichkeit, mit Gegenmaßnahmen auch nur zu drohen!

Bei den Kollektivvertragsverhandlungen einigte man sich

auf eine Erhöhung um 3,9%. Aber angesichts der Mehrgewinne der Unternehmer durch die Senkung der Mehrwertsteuer vom 1.1.89 ist das wohl eher eine Verhöhnung als ein Erfolg.

Von Gewerkschaftsseite wird eine Informationswoche durchgeführt, bei der mit einem Bus durch ganz Österreich gefahren und Aufklärungsarbeit geleistet wird.

Aber trotz alledem ist noch immer kein konkreter Termin für die Einführung der 5-Tage-Woche vorhanden. Die Gewerkschaft muß sich überlegen, was zu tun ist, wenn die Unternehmer trotz aller Maßnahmen nicht zur Einführung der 5-Tage-Woche bereit sind. Sie muß sich darüber klar sein, daß dann das einzige wirksame Kampfmittel Streik ist. Sie darf nicht, wie das Vertreter der HGPD bei einer Diskussionsveranstaltung der SJ 5 sagten, den Streik als undurchführbar zur Seite legen. Bei einem Organisationsgrad von 40% und derart katastrophalen Zuständen ist es möglich, die Arbeiter und Angestellten im Gastgewerbe zum Kampf zu mobilisieren.

Es ist die Aufgabe des ÖGB, endlich jene Hilfe zu leisten, die er der HGPD versprochen hat. Er muß seine Mitglieder informieren und zur aktiven Unterstützung, z.B. durch Boykotts, aufrufen. Und es ist die Aufgabe der HGPD, auf Streik hinzuwirken, zu informieren, zu mobilisieren und zu aktivieren.

Wenn die HGPD das nicht tut, wird es nicht nur nicht zur Einführung der 5-Tage-Woche kommen, sondern sie wird an Mitgliedern und an Vertrauen verlieren. Denn nur, wenn sich die Arbeiter und Angestellten von ihrer Gewerkschaft vertreten fühlen, kann diese stark und mächtig sein.

Sonja Grusch SJ 10

LKW - Nachfahrverbot

Bis zu 4000 LKWs donnern täglich über die Transitroute von der BRD durch Tirol nach Italien und umgekehrt. Entlang dieser Strecke wohnen 40% der Tiroler Bevölkerung! Nun ist als erster Schritt gegen den LKW - Terror ein Nachfahrverbot (22h - 5h) angesetzt worden, das am 1.12.89 in Kraft treten soll.

Sofort vernahm man vom BRD - Verkehrsminister Drohgebärden, daß die Österreicher Gegenmaßnahmen erwarten müßten und daß solche Schritte den EG - Beitritt Österreichs nicht erleichtern würden. In der offiziellen Erklärung nach Abschluß des EG - Verkehrsministertreffens (5. und 6.6.89) wird zwar vorläufig auf Gegenmaßnahmen verzichtet, doch weitere Verhandlungen über das Transitproblem sollen nun von EG - Kommissar Karel van Miert geführt werden, der folgendes Verhandlungsmandat auf den Weg bekam: die EG besteht auf freien Straßentransit für

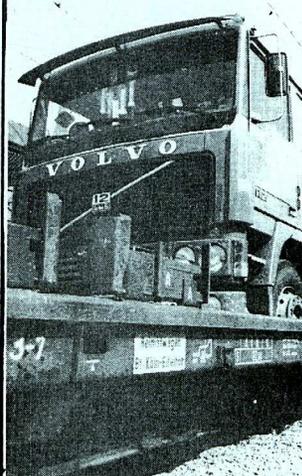
EG - LKWs. Österreich solle auf einseitige Beschränkungsmaßnahmen verzichten, und für weitere 3 - 5 Jahre den Status Quo beibehalten. Später wird man schon gemeinsam an die Lösung des Problems schreiten können! Wenn diese Verhandlungen allerdings scheitern sollten, so droht der BRD - Verkehrsminister mit Gegenmaßnahmen.

Daß fast die Hälfte der Tiroler Bevölkerung unter dem LKW - Verkehr, der zu Atemwegserkrankungen, Schlafstörungen usw. führt, zu leiden hat, interessiert die EG - Behörden nicht. Hauptsache, der Profit der Frachter ist gesichert! An diesem Beispiel zeigt sich wieder deutlich, daß im Kapitalismus Profitinteressen ausschlaggebender sind als gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse!

Die Tatsache, daß ein großer Teil des Transitverkehrs unnötig ist (so werden z.B. in Deutschland geerntete Erdäpfel zur Reinigung und Verpackung nach Italien geführt, um danach wieder in die BRD gebracht zu werden) veranschaulicht, wohin es führt, wenn jeder nur nach seinem größtmöglichen Gewinn produziert.

Deshalb treten wir für eine demokratische Planwirtschaft ein! Denn bei deren Verwirklichung würde beispielsweise der sinnlose Transit entfallen und die verbleibenden Güter auf der Bahn transportiert werden. Denn eine demokratisch kontrollierte Planwirtschaft ist nicht Profitinteressen, sondern gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen untergeordnet!

David Mum SJ 23



Widerstand gegen das Nachfahrverbot: Ein Beispiel für die Profitgier der Unternehmer

Das Spendenkonto:
PSK 1.670.350



Selbst die bürgerliche Presse muß zugeben, daß der Kapitalismus in der Krise steckt

CHINA WER IST DA DIE KONTERREVOLUTION !

Am 4. Juni 1989 hat die chinesische Bürokratie alle Bestrebungen zur Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung mit äußerster Brutalität unterdrückt. Damit hat sie auch den standhaftesten Anhängern des sogenannten "chinesischen Weges zum Sozialismus" gezeigt, daß sie nicht Willens und in der Lage ist, auch nur die grundlegenden Punkte der Arbeiterdemokratie zu verwirklichen.

Hunderttausende von Studenten demonstrierten seit Mitte April gegen die verkrusteten Staats- und Parteistrukturen in China, für mehr Demokratie und Freiheit. Tausende von Arbeitern solidarisierten sich mit den Studenten, legten Warnstreiks ein, demonstrierten mit. Selbst Soldaten der Einheiten, die schon vor dem 4. Juni nach Peking verlegt worden waren, solidarisierten sich mit den Demonstranten. Ein Hungerstreik, der vom 14.5. bis zum 20.5. auf dem Platz des Himmlischen Friedens organisiert worden war, forderte zwei Tote. Trotzdem die chinesische Regierung am 20.5. über Peking das Kriegsrecht verhängt hatte, ließen sich die Menschen auf dem Tiananmen-Platz nicht einschüchtern. Fast sah es so aus, als wäre eine ideale Situation für eine erneute Revolution des Volkes gegen seine Unterdrücker entstanden. Auf der einen Seite eine breite Einheitsfront aus Studenten, Soldaten, Bauern und Arbeitern, die sich nicht einschüchtern ließen von Denunziationsaufrufen, Streikverbot, der Existenz von Namenslisten von Demonstrierenden und drohendem Ausschluß aus den Universitäten. Auf der anderen Seite eine Partei, die vorgibt, sich noch auf marxistische Grundsätze zu

berufen, die aber in Wirklichkeit durch Korruption, Vetternwirtschaft, Privilegienheuscherei und übermäßige Bürokratie an einem Punkt angelangt ist, an dem sie zu keiner positiven Veränderungen mehr fähig ist. Nachdem die KPCh 1949 die Macht übernahm, sind enorme Fortschritte erzielt worden. Durch die Abschaffung von Großgrundbesitz und Kapitalismus sowie die Einführung einer geplanten Wirtschaft wurde eine enorme ökonomische und soziale Entwicklung ermöglicht. Der Alphabetismus wurde von 80% auf ca. 5% reduziert, die wirtschaftliche Produktion konnte in 30 Jahren auf das 80fache gesteigert werden und inzwischen kann China sein 900 Millionen Volk fast selbst mit Nahrung versorgen.



Doch kam es nach anfänglichen Fortschritten in allen gesellschaftlichen Bereichen zu zunehmender Stagnation. Die Ursache dafür liegt in der Rolle, die die KPCh in der Entwicklung der chinesischen Revolution spielt. Denn während ihrer Etablierung orientierte sie sich unter Mao Tse Tung an der Sowjetunion. Allerdings nicht an der

von Lenin und den Bolschewiki geprägten Form, sondern am Staate Stalins. Dies bedeutete, daß es in China im Gegensatz zur Sowjetunion nie zur Bildung von Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten gekommen ist. Maos Regime hatte von Anfang an den Charakter einer bürokratischen Diktatur, die sich allerdings bald auf eine geplante Wirtschaft stützte. Diese Staatsform kann man "deformierter Arbeiterstaat" nennen. Denn abgesehen von ihrer wirtschaftlichen Grundlage hat sie nichts mit einer wahren Arbeiterdemokratie zu tun. Die Einführung von Planwirtschaft, die Verstaatlichung der Industrie und die Schaffung von landwirtschaftlichen Kollektiven war die einzige Möglichkeit, die primären Bedürfnisse der chinesischen

Bevölkerung zu befriedigen und die schon genannten Fortschritte zu erzielen. Diese Wirtschaftsform ist in China allerdings mißbraucht worden von einer bürokratischen Elite, deren Macht auf eben diesem Staatseigentum an Produktionsmitteln und der Planwirtschaft basiert. Diese Macht und Privilegien können allerdings nicht erhalten

werden, wenn sich eine echte Arbeiterkontrolle über Wirtschaft und Staat durchsetzt, eben dieses Mehr an Demokratie und Freiheit, daß von den Demonstrierenden gefordert wurde. In diesem Zusammenhang müssen auch die sogenannten Reformen und "Liberalisierungen" gesehen werden, die von der Regierung in Peking seit 10 Jahren vorangetrieben wurden. Sie bedeuteten auf keinen Fall den (Rück-)Schritt zu einer kapitalistischen Wirtschaftsform - dies würde zu einem Macht- und Privilegienverlust der bürokratischen Kaste führen - sondern sie sind der letzte Strohhalm, an dem sich die Bürokraten klammern und die inzwischen eingetretene wirtschaftliche Stagnation zu nützen. Die Bürokraten in China und in anderen sogenannten sozialistischen Ländern können nicht erkennen, daß die einzige Möglichkeit zur wirtschaftlichen und politischen Weiterentwicklung in einer Arbeiter- und Bauernkontrolle in Industrie und Landwirtschaft liegt. Würden die Bürokraten daraufhin arbeiten, müßten sie sich selbst eliminieren. Aber die Regierung unter Deng Xiau Ping versucht, "mehr Markt" und andere kapitalistische Elemente einzuführen, was katastrophale Folgen (Inflation, Arbeitslosigkeit, Zunahme von Korruption u.s.w.) nachsich zieht. Die demonstrierenden Massen forderten dagegen mehr demokratische Rechte, wandten sich gegen Korruption und Mißwirtschaft. Mehr unbewußt als wirklich durchdacht forderten sie von der Partei den Aufbau einer echten sozialistischen Demokratie. Diese Partei, die von den Demonstrierenden zum handeln aufgefordert wurde, ist nicht in der Lage, konstruktiv auf die Wünsche und Bedürfnisse des eigenen Volkes einzugehen. Ihre Antwort auf die Gesprächsbereitschaft der Bevölkerung waren Panzer und Soldaten, die wie Marionetten der Bürokratie gegen ihre eigenen Brüder vorgingen. Dies zeigt

wieder einmal, daß echte sozialistische Demokratie nicht von oben erlassen, sondern nur von unten erkämpft werden kann. Lenin nennt als wichtigste Merkmale der Arbeiterdemokratie: A) Wählbarkeit und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre, sowie deren volle Rechenschaftspflicht. B) Durchschnittlicher Facharbeiterlohn für alle Funktionäre. C) Die Einarbeitung aller in verwaltende und leitende Funktionen in Wirtschaft und Staat. D) Auflösung des stehenden Heeres, sowie die Kontrolle der Bewaffnung durch die gewählten Organe der Arbeiterklasse. Die Erfüllung der ersten drei Forderungen würde die Entstehung einer privilegierten Schicht verhindern, die Verwirklichung der vierten Forderung hätte den 4. Juni 1989 in Peking mit allen seinen Folgen unmöglich gemacht. Die Demonstrierenden haben trotzigerweise versucht, die Soldaten auf ihre Seite zu ziehen, ihnen klar zu machen, daß es auch um ihre Interessen geht. Diesmal ist es nur unvollständig gelungen. Die Armee fühlte sich zum großen Teil der führenden Kaste, der Bürokratie, verpflichtet und ließ sich als Werkzeug gegen ihre eigenen Genossen mißbrauchen. Trotzdem der Aufstand in China vorläufig gescheitert zu sein scheint, hat er eine wichtige historische Bedeutung für alle kommenden Versuche, den Weg

zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu erkämpfen. Schon wenn für die Zukunft erkannt wird, was diesmal falsch gemacht worden ist, war der Aufstand nicht umsonst. Falsch war diesmal die Verschwommenheit der Forderungen und die letztendlich doch zu große Zurückhaltung der Demonstrierenden der Bürokratie gegenüber. Wichtig ist die internationale Solidarität. Damit sind nicht die Proteste der westlichen, kapitalistischen Regierungen gegen die Zerschlagung des Aufstandes gemeint, die das Verhalten der Regierung in Peking dazu mißbrauchen, wieder einmal den Sozialismus im allgemeinen anzuprangern. Willentlich oder unbewußt wird hierbei übersehen, daß die chinesische Regierung und die KPCh ebensowenig wie die Regierungen in allen übrigen Ländern, in denen der sogenannte "reale Sozialismus" herrscht, wirklichen Sozialismus, wie ihn Marx, Engels, Lenin und Trotzky entwickelten und angestrebt haben, repräsentieren. Wir müssen für die internationale Solidarität der gesamten Arbeiterklasse mit der chinesischen Bevölkerung kämpfen. Dazu gehören konkrete gewerkschaftliche Solidaritätsaktionen in den Industrieländern, die Kontaktaufnahme zu den neuentstandenen Gewerkschaften und Organisationen, der Sturz des Kapitals im Westen, der Bürokratie im Osten und der Aufbau einer weltweiten sozialistischen Demokratie.

Antonie Meyer SJ 5



Verstaatlichte unter Arbeiterkontrolle!

Abbau von mehr als 8000 Arbeitsplätzen! Das ist der Preis dafür, so haben die Manager beschlossen, daß auch der Standort Donawitz der Stahlholding positive Bilanzen schreibt. Seit Jahren sind Tausende von Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie gekündigt oder frührentiert worden. Rationalisierung, Kürzung der Sozialleistungen und Abbau von Arbeitsplätzen verschlechtern die Arbeitsbedingungen.

Seit Monaten streitet sich die rot-schwarze Koalitionsregierung, wie die im Arbeitsübereinkommen festgelegte Privatisierung der verstaatlichten ablaufen soll. Minister Streicher kündigte an, daß die gesamte ÖIAG-Holding börsenreif gemacht werden soll und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, einzelne Unternehmen der verstaatlichten. Laut Streicher war es falsch, die zu 15% privatisierte ÖMV an die Börse zu bringen. Die ÖVP reagierte sehr eindeutig auf die Aufschiebung der Privatisierung der einzelnen Branchen-Holdings. Wenn die Anteile der verstaatlichten nicht wie vereinbart rasch verkauft werden, will die ÖVP ihre Zustimmung zur Freigabe der letzten 6,15 Milliarden öS aus der ÖIAG-Finanzierung von 32,9 Mrd. zu verweigern.

Zerteilung der Verstaatlichten

Um die Geldprobleme der Verstaatlichten zu überbrücken, sollen, falls die ÖVP ihre Drohung wahr macht, die Anteile der Siemens-Österreich verkauft werden. Der Plan des verstaatlichten-Ministers sieht folgendes vor: Ein einheitlicher, zentral geführter Block von Kernunternehmen (die Zentralfirmen sind die ÖMV, Austria Metall, VÖEST-Stahl, Chemie AG, Elektro/Elektronik AG und

Maschinen- und Anlagenbau AG) soll von der ÖIAG-Zentrale geleitet werden. Eine Beteiligung von Privaten soll es nur an den kleinen Tochterfirmen dieser sechs Konzerne und später an der ÖIAG selbst geben. Die ÖVP fordert, die sechs Konzerne sofort für privates Kapital zu öffnen.

Beide Vorgangsweisen hätten den gleichen Effekt: die Schwächung des ÖIAG-Konzerns und schließlich die Zerschlagung der verstaatlichten Industrie. Das Konzept der Konservativen ist einfach: Einzelne Unternehmen der ÖIAG werden rasch privatisiert (vielleicht sogar über 50%) und damit kommen die Unternehmer rasch zu ihrem Profit.

Wenn die Zerschlagung der Verstaatlichten Wirklichkeit wird, erlebt die Gewerkschaft eine schwere Niederlage. Die Verstaatlichte soll als Zentrum gewerkschaftlicher Macht verschwinden. Streicher wendet sich nur gegen eine sogenannte "Rosinen-Holding", wo nur die gutgehenden Staatsbetriebe privatisiert werden sollen.

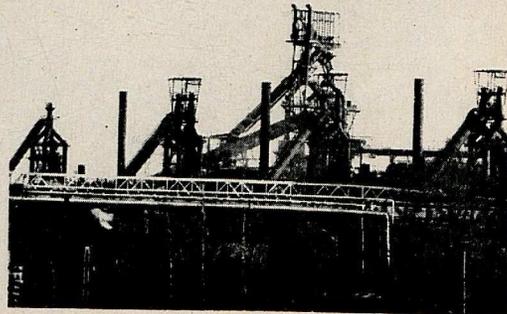
Weitere Privatisierung geplant

Die ÖIAG soll ein großer Mischkonzern werden, der bis

zu 49% privat werden soll, doch die SPÖ-Führung übersieht, daß man nicht gleichzeitig zwei Herren dienen kann. Die private Wirtschaft und die ÖVP wollen die sofortige Privatisierung der gewinnträchtigen Unternehmen. Falls sich die Vorstellungen der SPÖ im Ministerrat durchzusetzen (Was mehr als fraglich ist!), so ist dieser Plan auch nur eine Version der arbeiterfeindlichen Politik, die unweigerlich eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und eine Zurückdrängung der Gewerkschaft zur Folge hat.

Unternehmerprofite auf Kosten der Arbeiterklasse

Auf welche Variante der Privatisierung sich nun die Regierung auch einigt, die arbeitende Bevölkerung wird stets der Verlierer sein. Die Profite streifen die Unternehmer ein. Das Defizit der Staatsbetriebe wird auch weiterhin durch Massensteuern finanziert oder die Betriebe werden aufgelöst oder Arbeitnehmer gekündigt. Aber nicht nur die Verstaatlichten, sondern auch die anderen Bereiche wie die Verbundgesellschaft oder die Wiener Holding der Stadt Wien sind von der Privatisierung betroffen.



Statt Privatisierung - Verstaatlichung der Großindustrie

Die SPÖ-Politik unter Vranitzky läßt sich folgendermaßen beschreiben: Privatisierung, aber gebremst! Eine sozialistische Politik aber steht und fällt mit der verstaatlichten Wirtschaft. Wir fordern den sofortigen Stopp aller Privatisierungen. Anstatt dessen sollte die Verstaatlichung auf alle volkswirtschaftlich wichtigen Bereiche ausgedehnt werden. Doch die Verstaatlichung reicht noch nicht aus: Wir wollen die demokratische Kontrolle und

Verwaltung der staatlichen Betriebe durch Vertreter der Belegschaft, Gewerkschaft und Staat zu gleichen Teilen.

Wir fordern die Ausarbeitung und Durchführung eines zentralen volkswirtschaftlichen Plans zur langfristigen Regulierung einer krisenfreien Produktion unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!

Thomas Kerschbaum SJ 10

Im nächsten VORWÄRTS werden wir über die Privatisierungspolitik ausführlich berichten.

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Andrea Koch
Grenzackerstr.19/9/4 1100 Wien
Druck: A. Riegelnik
Piaristeng. 19 1080 Wien
Erscheinungsort: Wien

WAS WIR WOLLEN

Liebe Genossen/innen

Diese Forderungen sind nur ein kurzer Auszug aus unserem Programm. Jede der Übergangsforderungen ist für sich betrachtet notwendig; die Gesamtheit der Forderungen können wir nur durchsetzen, wenn wir das kapitalistische System überwinden. Wenn Ihr Anregungen oder Kritik an uns habt, schreibt uns, wir werden jede solidarische Kritik gerne diskutieren.

SPÖ

* Wir wollen eine absolute Mehrheit der SPÖ auf Grundlage eines sozialistischen Programmes.

* Alle Funktionäre müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein und kein Parteifunktionär darf mehr verdienen als ein durchschnittlicher Facharbeiter. Schluß mit Privilegien für Parteifunktionäre - sie müssen wissen wen sie vertreten.

* Die SPÖ muß durch konsequente sozialistische Politik zeigen, wen sie vertritt - die arbeitende Bevölkerung.

Wohnen

* Die Wohnkosten dürfen nie mehr als 20% des Nettoeinkommens ausmachen, um ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

* Wir fordern die Überführung von Bau- und Wohnungswesen in Gemeineigentum, um Spekulation und Ausbeutung zu unterbinden.

Jugendarbeitslosigkeit

* Wir fordern einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden.

* Ausbildung muß aus der Unternehmerhand genommen werden. Wir sind für die Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten, die von den Gewerkschaften geleitet werden. Für die Finanzierung der Ausbildung soll der Profit der Unternehmer dienen.

Bildung

* Wir fordern kostenlose Bildung für alle und jederzeitige Möglichkeit für alle Lohnabhängigen, sich bei voller Lohnfortzahlung kostenlos

weiterzubilden.

* Schluß mit Leistungsdruck und Auslese, für eine vollständige Überarbeitung und Kontrolle der Lehrinhalte durch Schüler, Lehrer, Eltern und Gewerkschaften!

* Für die sofortige Einführung des 10. Pflichtschuljahres und des 2. Berufsschultages.

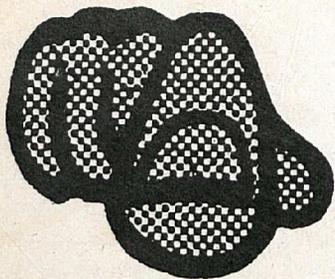
* Für die Abschaffung des dualen Bildungssystems, keine Trennung zwischen berufsbildenden und allgemeinbildenden Schulen.

Arbeitszeitverkürzung und neue Technologien

* Wir fordern die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn und die weitere Senkung der Arbeitszeit entsprechend dem technologischen Fortschritt.

* Die neuen Technologien müssen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden und nicht zugunsten des Kapitals - für einen systematischen und planvollen Einsatz von Computern und Robotern in einer demokratischen Planwirtschaft mit dem Ziel, die Wochenarbeitszeit auf ein Minimum zu senken.

VORWÄRTS



Lohn

- * Für die Einführung der gleitenden Lohnskala! D.h. Lohnerhöhungen müssen mindestens die Steigerung der Lebenshaltungskosten abdecken.
- * Für die gleitende Skala der Arbeitszeit: Aufteilung der Arbeit auf alle. Entsprechende Festlegung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.
- * Mindestlohn von 10.000 öS pro Monat für die gesamte arbeitende Bevölkerung.
- * Für Arbeitslose ein dichtes soziales Netz, das jedem eine lebenswerte Existenzgrundlage bietet.
- * Für eine demokratische Planwirtschaft, die unsere Lebensgrundlagen nicht der Profitgier der Kapitalisten ausliefert, auf Grundlage der Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel.

Umwelt

- * Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen. Drohen Unternehmer mit Arbeitsplätzeabbau, Fabriksstillegungen - entschädigungslose Enteignung und Arbeiterkontrolle!
- * Forcierung der Forschung auf dem Umweltsektor.
- * Stärkere Schutzbestimmungen gegen gesundheitsschädliche Faktoren am Arbeitsplatz.
- * Sofortige Stilllegung aller AKWs in Ost und West. Einbau von Filteranlagen in allen kalorischen Kraftwerken.

Verstaatlichte

- * Schluß mit den Entlassungen in der Verstaatlichten Industrie!
- * Wir fordern die Verstaatlichung der Großindustrie und der Banken Österreichs.
- * Verwaltung und Kontrolle der Verstaatlichten sollen zu gleichen Teilen Belegschaftsvertreter, Gewerkschaften und Vertreter des Staates übernehmen.

Für eine geplante Wirtschaft

- * Planen wir die Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit, nicht nach den Profiten!
- * Demokratische Arbeiterplanung, -kontrolle und -verwaltung über die Betriebe, um bürokratische Auswüchse wie in den stalinistischen Ländern zu verhindern

Die kapitalistische Wirtschaft kann ihre eigenen Krisen nicht mehr überwinden! Daher werden wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung überwinden!

**SPENDET
FÜR**

VORWÄRTS

Das Spendenkonto:
PSK 1.670.350



Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weitere Informationen ○

Name

Anschrift

Ich möchte

- VORWÄRTS abonnieren ○
- 5 Ausgaben zu 50,- öS ○
- 10 Ausgaben zu 100,- öS ○
- ein VORWÄRTS-Förderabo ○
zu öS ... beziehen
(ab 50,- öS)

Einsenden an:

VORWÄRTS c/o Andrea Koch, Grenzackerstraße 19/9/4, 1100 Wien